



Informationen aus dem Bereich Verkehr

Ausgabe 178

24. Oktober 2025

1. Projekt gegen weltweite Motorradunfälle

Um die globalen und nationalen Ziele zur Halbierung der Zahl der Todesfälle und schweren Verletzungen im Straßenverkehr zu erreichen, muss die Zahl der Motorradunfälle, die weltweit 20 bis 80 % der Todesfälle ausmachen, deutlich reduziert werden. Die Beteiligten erkennen zwar die Notwendigkeit von Safe-System-Prinzipien für Motorradfahrer an, diese sind jedoch noch nicht klar definiert. Vision Zero und der Safe-System-Ansatz legen den Schwerpunkt auf die Anpassung der Infrastruktur und Geschwindigkeit an die menschliche Unfalltoleranz. Jüngste Forschungsergebnisse haben Toleranzwerte für Motorradfahrer bei verschiedenen Unfallarten ermittelt und damit einen ersten Schritt in Richtung solcher Grundsätze getan. Diese müssen jedoch in globale Richtlinien umgesetzt werden, die die unterschiedlichen Verwendungszwecke von Motorrädern widerspiegeln – von der Freizeitnutzung in Nordeuropa über die gemischte Nutzung in Südeuropa bis hin zum Hauptverkehrsmittel in Ländern wie Malaysia.

Das SAFER-Projekt „Safe System Principles for motorcycles“ bringt globale Experten zusammen, um solche Grundsätze zu definieren, zu validieren und umzusetzen. Die erste Phase, die von der schwedischen Verkehrsverwaltung finanziert wird, zielt darauf ab, maximale sichere Fahrgeschwindigkeiten für häufige Unfallarten in verschiedenen Regionen der Welt festzulegen und diese in Grundsätze für die Infrastrukturplanung umzusetzen.

Quelle: Frei übersetzt (ohne Gewähr f. d. Richtigkeit) aus Safer, Lindholmospiren 3A, Göteborg, Vehicle and Traffic Safety Centre at Chalmers v. 26.09.26

K. L.

2. Rotlichtverstoß und Gelblichtverstoß mit dramatischer Folge

Ein Busfahrer war trotz „Rot“ zeigender Lichtzeichenanlage (Rotlicht zeigte schon 22 Sekunden lang) in eine Kreuzung eingefahren. Gleichzeitig war ein Autofahrer bei „Gelb“ zeigender Lichtzeichenanlage ebenfalls in die Kreuzung eingefahren, um dort zu wenden. Das Wendemanöver dauerte neun Sekunden lang – nach Einschätzung des Gerichts doppelt so lange wie ein üblicher Abbiegevorgang. Bei dem folgenden Zusammenstoß zwischen Bus und Auto war die Beifahrerin des Autofahrers ums Leben gekommen. Aus diesen Gründen (Einfahren in eine Kreuzung bei Gelb und doppelt so langer Verkehrsvorgang) ordnete das OLG Frankfurt Main dem Autofahrer eine Mitschuld zu.

Quelle: OLG Frankfurt / Main, Urt. v. 23.09.2025, Az. 10 U 213/22; LTO v. 29.09.25

K. L.

3. Projekte zur Verkehrssicherheit

Die Institution Safer aus Schweden hat verschiedene Projekte aufgelistet, die sich mit der Verkehrssicherheit beschäftigen:

SAFER Cities

SAFER Cities bringt Forscher und Akteure des öffentlichen Sektors zusammen, um sicherzustellen, dass die Verkehrssicherheit zu einem integralen Bestandteil der nachhaltigen Transformation von Städten und regionalen Verkehrssystemen wird.

Sicherheitsoptimierte und physikalisch fundierte Fundamentmodelle für das Fahrzeugverhalten

SAFE-FM entwickelt physikalisch fundierte KI-Modelle zur Vorhersage des Fahrzeugverhaltens im Verkehr und ermöglicht so sicherere automatisierte Fahrzeuge durch zuverlässige, erklärbare und skalierbare Simulationen.

Gleiche Sicherheit für alle Fahrer von motorisierten Zweirädern

Dieses Projekt entwickelt neue Methoden und Schutzsysteme für Fahrer von motorisierten Zwei- und Dreirädern, die Unterschiede in Größe, Geschlecht, Körperhaltung und Fahrzeugtyp berücksichtigen, um das Risiko schwerer Verletzungen zu verringern.

TEAPaN2

TEAPaN2 entwickelt Entscheidungshilfen der nächsten Generation für Notfallhelfer und Ersthelfer. Dabei werden vernetzte Daten und KI genutzt, um schnellere und intelligentere Interventionen nach Verkehrsunfällen zu ermöglichen und so mehr Leben zu retten.

SUPPORTIN

Driver SUPPORTive Interaction entwickelt sicherere, transparentere und benutzerfreundlichere Assistenzsysteme, die sicherstellen, dass Fahrer die Grenzen des Systems verstehen und in kritischen Situationen von ACC und Spurhalteassistenten profitieren können.

KI-basierte Dialogagenten, die das Verständnis der Fahrer für ADAS fördern und die Verkehrssicherheit verbessern

CONAI untersucht, wie KI-basierte Dialogagenten Lkw-Fahrer bei der Nutzung von ADAS coachen können, um das Verständnis, das Vertrauen und die sichere Nutzung von Assistenzsystemen zu fördern.

Verbesserung der Sicherheit automatisierter Elektrofahrzeuge durch Motion-by-Wire

Dieses Projekt entwickelt eine Motion-by-Wire-Steuerung für automatisierte Elektrofahrzeuge, die schnelle, kontrollierte Ausweichmanöver ermöglicht und allen Verkehrsteilnehmern zusätzliche Sicherheit bietet.

Quelle:

Safer Vehicle and Traffic Safety Centre v. 26.09.25

K. L.

4. Werbung auf Fahrzeugen

Eine Untersuchung der BAST hat ergeben, dass Werbung auf Fahrzeugen zu Ablenkungen führen können, die sich auf das Fahrverhalten auswirken können. Besonders auffallend war, dass dieses insbesondere bei bunter und veränderlicher Werbung festgestellt werden konnte.

Quelle:

BAST – Forschung kompakt 12/25

K. L.

5. Parkgebühren nach Gewicht

Die Einwohner von Zürich werden bald Parkgebühren auf Basis des Gewichts ihres Autos zahlen müssen. Mit dieser Maßnahme will die Schweizer Stadt unter anderem die Anzahl großer SUVs in der Stadt reduzieren und so den öffentlichen Raum fairer und nachhaltiger nutzen.

Quelle:

Mobilität v. 29.09.25

K. L.

6. Uni Wuppertal mit Studie zum Fahrrad / Elektrofahrrad

Die Förderung des Radfahrens ist für den Aufbau nachhaltiger Städte von entscheidender Bedeutung. Elektrofahrräder reduzieren die körperliche Anstrengung, die für das Radfahren erforderlich ist, insbesondere in hügeligen Gebieten und für Personen mit eingeschränkter Kraft, tragen zu einer geringeren Autonutzung bei und fördern die soziale Gerechtigkeit. Allerdings wird in aktuellen Verkehrsmodellen häufig der wachsende Einfluss von Elektrofahrrädern auf die urbane Mobilität übersehen. Wir stellen ein makroskopisches Verkehrsmodell für Wuppertal vor, das als erstes dynamisch zwischen herkömmlichen und Elektrofahrrädern hinsichtlich Besitzes, Verkehrsmittel und Routenwahl unterscheidet.

Das Modell berücksichtigt die Fahrradinfrastruktur, Steigungen, die Geschwindigkeit von Kraftfahrzeugen und Wendungen im Hinblick auf die Entfernung.

Bei der Wahl des Eigentums und der Fortbewegungsart werden Unterschiede in den Präferenzen zwischen Personengruppen und Fahrtzwecken berücksichtigt.

Es wurden drei Szenarien im Zusammenhang mit dem Ausbau der Fahrradinfrastruktur und der Zunahme des Besitzes von E-Bikes bewertet.

Die Ergebnisse bestätigen, dass der Ausbau der Infrastruktur zu einer Zunahme des Radverkehrs führt, wenn auch in geringem Maße. Der Ausbau der Infrastruktur führt in erster Linie zu einer Zunahme der Nutzung herkömmlicher Fahrräder, während die Förderung des Besitzes von Elektrofahrrädern zu einem starken Anstieg der Fahrten mit Elektrofahrrädern führt, die meist Autofahrten ersetzen.

Quelle:

Frei übersetzt (ohne Gewähr) aus: European Transport Studies 2 (2025) 100029, Leonard Arning, Heather Kath, Chair of Bicycle Traffic, University of Wuppertal,

K. L.

7. Umfrage in den Niederlanden zur Helmpflicht für junge Fahrende von Elektrofahrrädern

Mehr als achtzig Prozent der Niederländer befürworten eine Helmpflicht für junge E-Bike-Fahrer, wie eine Umfrage des EenVandaag-Meinungsforschungsinstituts ergab. Eine Helmpflicht für alle E-Bike-Fahrer stößt zwar noch auf großen Widerstand, dieser hat jedoch im Vergleich zu 2023 abgenommen. Von allen Teilnehmern der Umfrage befürworten 83 Prozent die geplante Helmpflicht für E-Bike-Fahrer bis 18 Jahre. Auch Eltern, die ihren Kindern ein E-Bike geschenkt haben, sprechen sich mehrheitlich für eine Helmpflicht aus (61 Prozent). Diejenigen, die gegen die Helmpflicht sind, empfinden sie als Bevormundung, glauben, dass ihr Kind den Helm nicht tragen wird, oder halten sie für wenig sinnvoll, da sich das Verhalten anderer Verkehrsteilnehmer dadurch nicht ändern wird.

Quelle:

Nieuws Fietsberaad v. 18.09.25, CROW Kennisplatform

K. L.

8. Bedeutender Schaden bei Unfallflucht zukünftig bei 2000,- Euro?

Das OLG Celle tendiert dazu, zukünftig den Richtwert für die Annahme eines bedeutenden Schadens bei der Unfallflucht bei 2000 Euro anzusetzen.

„Auch unterhalb der Grenze des bedeutenden Schadens gemäß § 69 Abs. 2 Nr. 3 StGB kommt eine Entziehung der Fahrerlaubnis in Betracht, wenn sich aus der Tat ergibt, dass die Angeklagte zum Führen von Kraftfahrzeugen ungeeignet ist (§ 69 Abs. 1 StGB). Ist besagte Schadenshöhe knapp nicht erreicht, wird der Täter dennoch regelmäßig als ungeeignet zum Führen eines Kfz anzusehen sein, wenn er ein hohes Maß an Gleichgültigkeit gegenüber den Rechtsgütern und Interessen anderer zeigt.“

Quelle:

Detlef Burhoff, RiOLG a.D.; 22/2025

K. L.

9. Mangelhafte Kleintransporter

Ein Bericht des deutschen TÜV-Verbandes zeigt einen besorgniserregenden Trend auf: Bei leichten Nutzfahrzeugen (Transportern) gibt es immer mehr gefährliche technische Mängel. Die Ergebnisse verstärken die Forderungen an die EU, Transporter in die technischen Straßenkontrollen einzubeziehen.

Der TÜV-Bericht zeigt, dass mehr als jedes fünfte in Deutschland geprüfte Nutzfahrzeug mittlerweile schwerwiegende oder gefährliche Mängel aufweist – eine Mängelquote von 20,4 %, gegenüber 19,6 % im vorherigen Bericht. Bei leichten Transportern bis 3,5 Tonnen ist das Bild noch schlechter: Rund 21,5 % wiesen erhebliche Sicherheitsmängel auf, gegenüber etwa 20 % in der früheren Studie. Der Bericht zeigt auch einen deutlichen Alterseffekt: Das Durchschnittsalter von Transportern und anderen Nutzfahrzeugen in Deutschland ist auf 8,7 Jahre gestiegen, und ältere Fahrzeuge weisen weitaus häufiger schwerwiegende Mängel auf.

Zu den häufigsten Problemen, die bei den TÜV-Prüfungen festgestellt wurden, gehören defekte Beleuchtungssysteme, Öllecks, Mängel an Aufhängung und Achsen sowie Probleme mit dem Bremssystem – allesamt sicherheitsrelevante Mängel.

Quelle:

Frei übersetzt (ohne Gewähr) aus: ETSC v. 19.09.25 New German data supports case for EU roadside checks for vans

K. L.

10. Alkohollock in Italien

Italien hat nun nach der Verabschiedung eines neuen Durchführungsgesetzes für Fahrer, die wegen Trunkenheit am Steuer verurteilt wurden, unter bestimmten Umständen die Installation eines Alkohol-Wegfahrsperre in ihrem Fahrzeug vorgeschrieben. Die Änderungen sind Teil umfassenderer Reformen im Rahmen des neuen Codice della Strada.

Alle Fahrer, die mit einer Blutalkoholkonzentration (BAK) von über 0,8 g/l (0,8 Promille Atemalkoholkonzentration) verurteilt wurden, müssen das Gerät nach einer Führerscheinsperre von sechs Monaten bis zu einem Jahr zwei Jahre lang verwenden.

Bei einem BAC von über 1,5 g/l (1,5 Promille Atemalkoholkonzentration) erhöht sich die Nutzungsdauer auf drei Jahre, nachdem der Führerschein für ein bis zwei Jahre entzogen wurde.

Das Gerät darf nur von autorisierten Werkstätten eingebaut werden, wobei eine manipulationssichere Versiegelung und ein gültiges Kalibrierungszertifikat erforderlich sind, das jährlich neu ausgestellt werden muss.

Die Nichtinstallation, Manipulation, Veränderung oder Umgehung des Geräts wird mit Strafen geahndet.

Quelle:

Frei übersetzt (ohne Gewähr) aus: ETSC v. 19.09.25; Italy introduces mandatory alcohol interlocks for drink-drivers

K. L.

11. 3D-Zebrastreifen als Modellprojekt in Berlin

„3D-Zebrastreifen sind spezielle Fahrbahnmarkierungen, die durch eine optische Täuschung den Eindruck schwebender Hindernisse erwecken. Die Streifen sehen wie Blöcke aus, die sich vom Boden abheben. Diese Illusion soll die Aufmerksamkeit der Autofahrerinnen und Autofahrer stärker auf den Zebrastreifen lenken und sie dazu bringen, langsamer zu fahren. Dadurch soll die Verkehrssicherheit für die zu Fuß Gehenden erhöht werden. Nun soll solch eine optische Täuschung im Rahmen eines Modellprojekts an einer Berliner Kreuzung zur Verkehrsberuhigung eingeführt werden.“

Quelle:

IFK-Potsdam Nr. 4 v. 14.10.25

K. L.

12.	Fahraufzeichnungen zukünftig auch für Kleintransporter im grenzüberschreitenden Verkehr?	
„Ab dem 1. Juli 2026 soll auch für Transporter im grenzüberschreitenden Verkehr die sogenannte Kontrollgerätepflcht gelten. Damit gelten für Transporter zwischen 2,5 und 3,5 Tonnen größtenteils dieselben Regeln wie für große Lkw. Leichte Nutzfahrzeuge müssen bis spätestens 1. Juli 2026 mit einem intelligenten Tachographen der zweiten Version oder höher nachgerüstet werden. ... Der Einbau darf ausschließlich über zertifizierte Fachwerkstätten erfolgen. Wer regelmäßig Waren über Landesgrenzen hinweg transportiert oder innerstaatlich im Rahmen von Kabotage tätig ist, fällt unter die neue Regelung. Ausgenommen sind: • Rein innerstaatliche Transporte ohne Entsendung • Fahrten für eigene betriebliche Zwecke im Werkverkehr, solange das Fahren nicht die Haupttätigkeit ist • Nicht-kommerzielle Einsätze“		
Quelle:	Eurotransport v. 25.09.25 u. 27.09.25; Autor: Alexander Roller	K. L.
13.	Bestimmtes Bedienen der E-Zigarette während der Autofahrt verboten	
Das Bedienen eines Touchdisplays einer E-Zigarette ist nach Ansicht des OLG Köln während der Autofahrt verboten. Das OLG sagt dazu: „Ihre Bedienung begründet auch ein erhebliches Ablenkungspotential für den Fahrzeugführer, welches sich nicht von der Veränderung der Lautstärke eines Mobiltelefons unterscheidet. Daher liegt in der Einstellung der Dampfstärke über das Touchdisplay ein verbotswidriges Benutzen.“		
Quelle:	OLG Köln, Beschl. V. 25.09.25, Az. III-1 Orbs 139/25, LTO v. 02.10.25	K. L.
14.	Länger haltende und selbst reparierende Batterien für E-Autos?	
Das von der EU finanzierte Projekt PHOENIX soll Batterien entwickeln, die sich selbst heilen können. Gleichzeitig soll die Lebensdauer von Batterien verlängert und der Bedarf an neuen Batteriemetallen verringert werden. Die Lebensdauer und die Reichweite von Elektroautos soll so verlängert werden.		
Quelle:	EU-Nachrichten v. 02.10.25	K. L.
15.	Fahrradakkus nicht fallen lassen	
Der niederländische Fietserbond hat folgende Meldung herausgegeben: „Der Akku ist der empfindlichste Teil des E-Bikes. Durch einen schweren Sturz oder falsches Aufladen kann der Akku nämlich in Brand geraten und ist dann fast nicht mehr zu löschen. Der niederländische Rundfunk NOS berichtet, dass jährlich Hunderte von Gebäudebränden durch Akkus für Elektrofahrräder verursacht werden. Die Botschaft der Experten lautet: Gehen Sie vorsichtig mit dem Fahrradakku um. Gehen Sie vorsichtig damit um. Wichtigster Tipp: Lassen Sie den Fahrradakku nicht fallen.“ <i>(frei übersetzt ohne Gewähr)</i>		
Quelle:	Fietserbond v. 02.10.25	K. L.
16.	Gestiegene Reparaturkosten für Kraftfahrzeuge	
Die Stundensätze in Kfz-Werkstätten sind im vergangenen Jahr erneut deutlich gestiegen. Das geht aus einer Auswertung des GDV hervor. Arbeiten an der Mechanik, Elektrik oder der Karosserie hätten 2024 im Schnitt 202 Euro pro Stunde und Lackierarbeiten sogar 220 Euro gekostet. Beide Preise seien im Vergleich zum Vorjahr um fast acht Prozent gestiegen, so der GdV.		
Quelle:	GdV v. 01.10.25	K. L.

17. Teure Wildunfälle		
Wildunfälle hätten nach Angaben des GdV im letzten Jahr insgesamt über eine Milliarde Euro in der Regulierung gekostet. Insgesamt seien 2024 über 276.000 Wildunfälle mit kaskoversicherten Autos registriert worden. Die Versicherer würden pro Tag im Schnitt etwa drei Millionen Euro dafür bezahlen. Die durchschnittliche Schadenshöhe wäre im Jahr 2024 von 3.850 auf 4.100 Euro im Vergleich zum Vorjahr gestiegen.		
Quelle:	GdV v. 01.10.25	K. L.
18. Preisänderungen an Tankstellen nur noch einmal am Tag?		
Baden-Württemberg hat im Bundesrat einen Antrag eingebracht, wonach die Bundesregierung beauftragt werden soll, Tankstellen nur noch einmal am Tag eine Preiserhöhung zu zugestehen und zwar nach österreichischem Vorbild. Dort ist nur ein Mal am Tag, und zwar um 12 Uhr eine Erhöhung zulässig. Preissenkungen sind jederzeit zulässig. Das Bundeskartellamt hatte festgestellt, dass im Schnitt 18-Mal am Tag Preise verändert werden, in manchen Fällen sogar bis zu 50 an einem Tag.		
Quelle:	Omnibus-Revue v. 14.10.25	K. L.
19. Freigabe von für Kfz gesperrten Wegen in amerikanischen National-Parks		
Die amerikanische Regierung beabsichtigt, die für Kfz gesperrten Wege in amerikanischen Nationalparks für den Autoverkehr freizugeben. Über 99 Prozent der 183.000 eingereichten Kommentare dazu waren ablehnend, wie das Center for Western Priorities feststellte.		
Quelle:	Streetsblog USA v. 14.10.25	K. L.
20. Bundesregierung plant Änderung für Fahrverbote für EU- und EWR-Führerscheine		
„Die Bundesregierung plant Änderungen im Zusammenhang mit der Vollstreckung von Fahrverboten für Inhaber ausländischer EU- und EWR-Führerscheine, „die keinen ordentlichen Wohnsitz in Deutschland haben“. Der dazu vorgelegte Gesetzentwurf sieht vor, dass auf diesen Führerscheinen das Fahrverbot für das Inland künftig nicht mehr vermerkt wird. Stattdessen soll die Sanktion in das Fahreignungsregister (FAER) eingetragen werden, „so dass sie für die Kontrollbehörden durch Einsichtnahme in das FAER ersichtlich ist“.		
Damit will die Regierung nach eigener Aussage ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) aus dem Jahr 2021 umsetzen. Dem Urteil zufolge sind Mitgliedstaaten nicht berechtigt, auf EU- und EWR-Kartenführerscheinen von Inhabern, die ihren ordentlichen Wohnsitz nicht in dem Mitgliedstaat haben, einen Vermerk über das Verbot anzubringen, in ihrem Hoheitsgebiet zu fahren.“		
Quelle:	Deutscher Bundestag, hib Nr. 544	K. L.
21. Daten zur Verkehrssicherheit		
„Die Daten für das Jahr 2024 belegen weitere, wenn auch langsame Fortschritte bei der Umsetzung des EU-Ziels „Vision Zero / Vision Null“. Im vergangenen Jahr starben 9.940 Menschen bei Unfällen im Straßenverkehr, das sind zwei Prozent weniger als 2023. In Schweden und Dänemark sind die Straßen am sichersten, Rumänien und Bulgarien melden die höchsten Sterberaten.“		
Quelle:	EU-Kommission v. 23.10.25	K. L.

22. Reisen und Kosten im Jahr 2024

2024 gaben EU-Bürgerinnen und -Bürger fast 618 Milliarden Euro für Inlandsreisen und Auslandsreisen aus. In Deutschland waren es über 202 Milliarden Euro, das ist der Spitzenplatz in der EU.

Quelle:

EU-Kommission v. 23.10.25

K. L.

23. Niederländische Befragung zu blendender Beleuchtung

Zu helle oder falsch eingestellte Fahrradbeleuchtung führt immer häufiger zu gefährlichen Situationen im Straßenverkehr. Das geht aus einer aktuellen Umfrage unter Mitgliedern des niederländischen Automobilclubs ANWB hervor. Fast zwei Drittel der befragten Verkehrsteilnehmer geben an, regelmäßig von entgegenkommenden Radfahrern geblendet zu werden. Gleichzeitig geben 85 Prozent der Befragten an, dass sie Radfahrer aufgrund mangelhafter Beleuchtung manchmal oder oft übersehen. Der ANWB bezeichnet die Ergebnisse als besorgniserregend und plädiert für eine Modernisierung der Vorschriften für Fahrradbeleuchtung.

Quelle:

Mobiliteit v. 20.10.25

K. L.

Aktuelles immer in den sozialen Medien



Homepage
Verkehrswacht Münster



Verkehrswacht Münster
bei WhatsApp



Verkehrswacht Münster
bei Instagram

Haftungsausschluss

Die Herausgeber der Infoschrift „Informativ“ haben den Newsletter mit großer Sorgfalt erstellt. Alle Inhalte sind zur allgemeinen Information bestimmt und stellen keine geschäftliche, rechtliche oder sonstige Beratungsdienstleistung dar. Die Verkehrswacht Münster und damit auch der Herausgeber von „Informativ“ übernehmen keine Gewähr und haften auch nicht für etwaige Schäden materieller oder ideeller Art, die durch Nutzung der Informationen verursacht werden. Für die Inhalte von verlinkten Internetseiten sind die Herausgeber nicht verantwortlich. Für die Angebote Dritter wird keine Haftung übernommen. Etwaige Abmeldungen vom Newsletter, Rückfragen, Anregungen oder auch Anmeldungen für den Bezug sind an die unten angegebene E-Mail-Adresse zu senden. Dieser Newsletter ist im Internet unter folgendem Link abrufbar:

<https://www.verkehrswacht-muenster.de/index.php?id=2663>